

VersicherungsJournal

Ausgabe vom 27.7.2005

Reformbedarf bei Betriebsrenten

Nur durch Reformen lassen sich Attraktivität und Akzeptanz erhöhen der betrieblichen Altersversorgung (bAV) erhöhen. Dies hat der [Verbraucherzentrale Bundesverband \(vzbv\)](#) im Schlussbericht seiner Untersuchung „Vorsorgender Verbraucherschutz in der betrieblichen und privaten Altersvorsorge“ (Mai 2005) festgestellt.

„Unter den jetzigen Bedingungen werden sich die Abschlusszahlen nicht erhöhen“, so vzbv-Vorstand Prof. Dr. Edda Müller. Finanzielle Verluste bei einem Wechsel oder Verlust des Arbeitsplatzes, eine nicht ausreichende Insolvenzversicherung und unzureichende Informationen seien die Hauptkritikpunkte.

Bei Jobwechsel nur im Ausnahmefall keine Verluste

Die Tarifbedingungen müssten so gestaltet sein, dass Verträge bei Jobwechsel ohne Verluste und Mehrkosten fortgeführt werden können. Dies sei bisher nur die Ausnahme.

Um dies zu gewährleisten, fordert der vzbv eine Begrenzung der Kosten beim Vertragswechsel, eine Verteilung der Abschlusskosten auf die gesamte Vertragslaufzeit sowie einen obligatorischen Insolvenzschutz.

Letzterer fehle insbesondere bei Pensionskassen, die nicht dem gesetzlichen Sicherungsfonds für Lebensversicherungen angehören müssen. Dies sollte künftig obligatorisch sein, so der vzbv.

Verbot gezielter Tarife gefordert

Um die bAV attraktiver zu machen, hat der vzbv eine Reihe prinzipieller Forderungen aufgestellt. Am wichtigsten: ein generelles Verbot von „gezielten“ Tarifen bei der Entgeltumwandlung.

In vielen Verträgen würden die Abschluss- und Vertriebskosten zu Beginn der Laufzeit in Rechnung gestellt. Werden diese Verträge wegen Verlust oder Wechsel des Arbeitsplatzes nicht weitergeführt oder das Kapital auf einen neuen Versorgungsträger übertragen, sei dies mit erheblichen finanziellen Verlusten verbunden.

Private Fortführung der Verträge kostet viel Leistung

Zudem wünscht sich der vzbv eine Begrenzung des Rabattverlustes bei Umstieg von Kollektiv- auf Einzeltarife. Die private Fortführung des Vertrages sei nicht selten mit erheblichen Kosten belastet, die im Extrem bis zu 14,7 Prozent geringerer Ablauleistung führen.

Der beim Kollektivvertrag eingeräumte Beitragsrabatt solle künftig nicht um mehr als drei Prozent gekürzt werden dürfen. Bislang koste der Wechsel vom günstigsten Kollektiv-Tarif auf einen Einzeltarif im Schnitt 7 bis 8 Prozent der garantierten Rentenleistung (Leistungsverlust). Bei den VVaG-Kassen bleiben Arbeitnehmer dagegen bei privater Fortführung zumeist im kostengünstigen Kollektiv-Tarif.

Stornoabzüge sollten nicht mehr erlaubt sein

Gleichfalls plädiert der vzbv für ein Verbot von Stornoabzügen bei Beitragsfreistellung. Dem Arbeitnehmer müssten auch bei Zahlungsschwierigkeiten die Ansprüche auf sein gebildetes Kapital erhalten bleiben. Die Anwartschaften dürfen nicht durch Abzüge an Wert verlieren.

Um Kosten und Leistungen besser als heute vergleichen zu können, will der vzbv verständliche und standardisierte Informationen durchsetzen. Daraus müssten alle Konsequenzen und Risiken hervorgehen, die mit dem bAV-Vertrag verbunden sind. Darüber hinaus seien regelmäßige jährliche Informationen erforderlich, in denen die finanzielle Entwicklung der Ansprüche dargestellt wird.

Kernpunkte der Untersuchung

Die Untersuchung, die vom [Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft](#) gefördert wurde, enthält eine systematische Gegenüberstellung verschiedener Formen betrieblicher und privater Altersvorsorge.

Im Blickpunkt stehen dabei mit Blick:

- Abschluss- und Verwaltungskosten,
- Regelungen bei Arbeitgeberwechsel und Arbeitslosigkeit,
- Preis-Leistungs-Unterschiede in Abhängigkeit von der Anzahl der Versicherten im Gruppenvertrag,
- Flexibilität der Tarife sowie
- Tarifbedingungen bei Beitragsfreistellung und Zahlpausen bei laufendem Arbeitsverhältnis.

Kostenloser Bezug

Der 146-seitige Schlussbericht kann im [Internet](#) eingesehen und auch herunter geladen werden. Im Rahmen des Projektes wurde auch eine spezielle [Website](#) erstellt, die Basis-Informationen zu den Förder-, Funktions- und Rahmenbedingungen der privaten und betrieblichen Altersversorgung vermittelt.

Der Bericht enthält auch eine Produktanalyse von Pensionskassen (Seite 29 ff.). Der vzbv spricht hier von einem „sehr inhomogenen Markt“. An der Umfrage beteiligten sich 32 von 49 angeschriebenen überbetrieblichen Pensionskassen.

Die wichtigsten Erkenntnisse entsprechen im Wesentlichen denen der „Marktübersicht Pensionskassen in Deutschland“ der [MediAss GmbH](#), Herausgeber des VersicherungsJournals.

Detaillierte Betrachtung von Pensionskassen

An mehreren Stellen nimmt der vzbv auf die MediAss-Untersuchung Bezug, ohne allerdings auf die Quelle einzugehen, so unter anderem bei der Verwendung unterschiedlicher Sterbetafeln.

Über die MediAss-Analyse, die inzwischen auch in knapperer Form speziell für Makler im [Internet](#) bestellt werden kann, hinaus hat der vzbv folgende Pensionskassen in die Wertung einbezogen:

- AMB Generali,
- delta lloyd,
- Gerling,
- Provinzial (VGH),
- West Pensionskasse,
- Metallrente,
- Caritas Selbsthilfe,
- Dresdner Pensionsverein,
- Hannoversche Pensionskasse,
- Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft sowie
- Versorgungskasse Deutscher Unternehmen.

Die besten Kassen aus Verbrauchersicht

Bewertet wurde nach unterschiedlichen Arten der Pensionskassen. So wurden Lebensversicherungs-, geöffneten VVaG- und GbR-Kassen gesondert behandelt.

Am besten schnitten aus Verbrauchersicht – vor allem wegen ungezillmerter Tarife – bei Tarifen ohne Todesfallschutz und Rentengarantie-Zeit ab (Garantieleistung):

- Dresdner Pensionsverein,

- Soka-Bau,
- Selbsthilfe Pensionskasse der Caritas,
- Verka Kirchliche Pensionskasse,
- Kölner,
- BBV Versicherungsverein des Bankgewerbes,
- DPK Deutsche Pensionskasse und
- Debeka.

Kölner Kasse hat Anlaufkosten eingespielt

Beispiel Kölner Pensionskasse: Das Unternehmen verwendet ungezillmerte Tarife mit jederzeitiger hoher Beitragsflexibilität und hat seine Konditionen 2005 noch verbessert.

Im zweiten vollen Geschäftsjahr (2004) vermeldet die Kasse ein Wachstum des Bestandes von 26 Prozent. Mit 23,85 Millionen Euro Bilanzsumme seien „die für den Strukturaufbau der Kasse erforderlichen Anlaufkosten bereits vollständig getilgt“, so Vorstand Michael Wrobel.

Detlef Pohl